



1. Eröffnung der Sitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2016, Bernhard Marti (SP)



Downtown Brass: "Manhattan" von Bligg

(Applaus)

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): *"Ich begrüße die Mitglieder des Stadt- und des Gemeinderates sowie die Besucherinnen und Medienschaffenden zur ersten Sitzung des Jahres 2016. Das Jahr 2016 bildet das letzte Jahr der Legislaturperiode 2013-2016 und ist somit ein Wahljahr. Ich freue mich auf spannende Stadtratssitzungen mit konstruktivem Engagement.*

Im Besonderen begrüße ich die Downtown Brass Band, für den musikalischen Startschuss ins politische Jahr 2016. Das Arrangement der musikalischen Beiträge stammt aus der Feder des Band-Präsidenten Wim Christen. Die Downtown Brass ist eine junge Brass-Formation aus Langenthal.

Sie ist im Januar 2014 von ein paar Freunden, die sich alle in regionalen Musikgesellschaften, Guggenmusiken und Bands engagieren, ins Leben gerufen worden, um zusammen schmissige Brass-Musik zu machen. Die Gründung der Band, wie sie heute ist, war im März 2015. In ihrem, meist aus den eigenen Reihen arrangierten Repertoire, ist von Schweizer Popliedern bis zu Joe Cockers Rock-Blues-Stil und Tina Turners Welthits sowie moderne Popmusik von John Newman alles vorhanden. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder spielen – wie ich persönlich auch – in der Guggenmusik «Akkordwürger», wo ich das erste Mal in den Genuss des musikalischen Schaffens der Downtown Brass gekommen bin. Jung, vielseitig und fetzig – genau das Richtige, um mit Schwung und mit einem Lachen ins Politjahr 2016 zu starten.

Merci den Mitgliedern der Downtown Brass dafür, sich für den Kurzauftritt am heutigen Abend die Zeit zu nehmen."



Downtown Brass: "Otherside" von den Red Hot Chili Peppers

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):

"Viele Mitglieder der Downtown Brass haben früher bei den «Tönlifurzern» mitgespielt. Der Stadtrat hat den Ratskredit 2015 der Schülerguggenmusik «Tönlifurzer» anlässlich der Sitzung am 14. Dezember 2015 zugesprochen. Die «Tönlifurzer» danken dem Stadtrat im Übrigen mit einer von allen unterzeichneten Karte (Bild) für die Fr. 1'000.00.

Seit dem 1. Januar 2016 bin ich offizieller Ratspräsident, was für mich als Lokalpolitiker eine spannende und ehrenvolle Herausforderung ist.



Herr Daniel Ott aus Langenthal hat ebenfalls eine neue Herausforderung angenommen: Er ist seit dem 1. Januar 2016 der neue Vorsteher des Amtes für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS). Ich bitte Herrn Ott, sich dem Rat kurz vorzustellen:

Daniel Ott, Amtsvorsteher ABiKuS: "Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträtinnen, liebe Stadträte. Herzlichen Dank vorab für die Gelegenheit, mich heute Abend vorstellen zu dürfen. Es ist eine grosse Ehre für mich, dass ich vor knapp zwei Wochen die Leitung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) übernehmen durfte.

Das jüngste Amt der Stadt Langenthal hat bereits eine bewegte Geschichte hinter sich. Das Amt ist vielfältig und abwechslungsreich. Viele interessante und spannende Aufgaben warten auf mich. Zusammen mit meinen Mitarbeitenden, von welchen ich auch ämterübergreifend sehr gut aufgenommen worden bin, freue ich mich, dem ABiKuS ein neues Gesicht geben zu dürfen und mich den bevorstehenden Herausforderungen zu stellen.

Nach meiner KV-Lehre in der Gemeindeverwaltung in Unterseen bin ich als 20 Jahre alter, hoffnungsvoller Jüngling im Jahre 1995 in den Oberaargau gekommen. Dass es mich als Berner Oberländer einmal in die Stadt Langenthal verschlagen würde, hätte ich mir damals nie erträumt. Nach meiner Ausbildung zum Gemeindeschreiber im Jahre 2002 bin ich im Jahre 2005 zum Gemeindeschreiber von Thunstetten gewählt worden. Im Jahre 2013 habe ich ein Masterstudium (EMBA) in der Fachrichtung Public Management an der Fachhochschule Bern absolviert. Nach 10-jähriger Tätigkeit als Gemeindeschreiber und gegen Ende als Geschäftsführer der Gemeinde Thunstetten, habe ich mich im ersten Halbjahr 2015 erfolgreich um die Amtsvorsteherstelle ABiKuS beworben. Meine Freizeit verbringe ich – im Sommer wie im Winter – gerne in den Schweizer Bergen. Gut essen und trinken gehört auch zu meinen Interessen. Zusammen mit meiner Partnerin wohne ich in Langenthal (Farbgasse 26).

Langenthal hat grosses Potenzial. Ich freue mich sehr, meinen Beitrag als Vorsteher ABiKuS für die Stadt Langenthal leisten zu dürfen." (Applaus)

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): "Herr Daniel Ott steht im Anschluss an die Sitzung gerne zur Beantwortung allfälliger Fragen zur Verfügung.



Downtown Brass: "Paid My Dues" von Anastacia

(Applaus)

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): "Bevor die Downtown Brass-Band das letzte Stück spielt, weise ich auf deren Homepage hin: www.downtown-brass.com. Per Mausklick ist es möglich Gönner der Brass-Band werden oder die Formation für einen Anlass zu buchen."



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016



Downtown Brass: "Cheating" von John Newman

(Applaus)

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): Während die Band den Saal mit ihrem Equipment verlasse, gebe er den Start zum politischen Teil der heutigen Stadtratssitzung:

Das Protokoll der Sitzung vom 14. Dezember 2016 sei auf der Homepage der Stadt Langenthal aufgeschaltet und könne online eingesehen werden.¹ Der Protokollführung werde unter Verdankung für dessen Verfassung das Wort zum **Appell** erteilt:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
 - **3** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.
 - Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär des Gemeinderats) ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen betrage 19.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe seien vorschriftsgemäss erfolgt. Bemerkungen zur Traktandenliste seien weder angemeldet noch vorliegend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ <https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?pubid=89636&action=info>



2. Motion mit Richtliniencharakter Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Januar 2015: Intervention der Stadt Langenthal gegen die beabsichtigte übermässige Erhöhung der Eigenmietwerte auf dem Gemeindegebiet Langenthal; Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 34a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): Der Begründungsbericht des Gemeinderates inklusive des Berichts der kantonalen Steuerverwaltung, beide datiert mit 13. November 2015, liegen in schriftlicher Form vor.

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP): Ausgangspunkt des Themas bilde die generelle Mietzinserhöhung, die von der kantonalen Steuerverwaltung im letzten Jahr durchgeführt worden sei. 40% der bernischen Gemeinden haben dadurch eine Erhöhung erhalten, wozu auch die Stadt Langenthal gehöre. Das Merkwürdige daran sei, dass die Stadt Langenthal zu den Spitzenreitern dieser Steuererhöhung gehöre. Im Endeffekt bedeute dies, dass fast nirgendwo im Kanton Bern eine stärkere Erhöhung der Mietpreise stattfinde als in Langenthal. Was für Vermieter erfreulicher sein möge als für Mieter, habe trotzdem den Schönheitsfehler, dass die Erhöhung einfach nicht stimme. Es gebe genügend Studien, in denen die Entwicklung der Immobilienpreise und der Mieten untersucht werden oder worden seien, womit diese Meinung bestätigt werde (beispielsweise die Studie der Wüest & Partner AG oder Studien diverser Banken).

Langenthal habe unbestrittener Weise in den letzten Jahren keine schlechte Entwicklung zu verzeichnen. Die Entwicklung vor Ort sei aber definitiv nicht so viel besser, als die Entwicklung in anderen vergleichbaren Gemeinden. Genau um diesen und nur um diesen Punkt gehe es in der vorliegenden Motion. Gemäss der Motion sollte der Stadtrat Aufschluss darüber erhalten, wieso in Langenthal eine übermässig starke Belastung stattfinde und der Gemeinderat sei aufgefordert, gegen die Erhöhung zu intervenieren.

Was nun dem Stadtrat aber vorliege, sei ein Papier mit dem klar irreführenden Titel "*Bericht Generelle Mietwertanpassung 2015 in Langenthal*", was er persönlich als eine Provokation erachte und womit eine gewisse Arroganz der kantonalen Steuerverwaltung, Abteilung Amtliche Bewertung zum Ausdruck komme. Beim vorliegenden Papier handle es sich um keinen Bericht, sondern lediglich und um nichts anderes als um einen, aus einem bekannten Merkblatt herauskopierten Text mit zwei betreffend die Stadt Langenthal eingestreuten Sätzen. Zu lesen sei beispielsweise, dass 142 Objekte untersucht worden seien. Offenbar weigere sich die kantonale Steuerverwaltung aber offenzulegen, um welche Objekte es sich dabei handelt. Ganz offenkundig habe die Antwort auch das Finanzamt nicht ganz zufrieden gestellt, weshalb dieses scheinbar nachgehakt habe. Diese Vermutung liege nahe, weil im Bericht des Finanzamtes vom 13. November 2016 mehr Informationen als im Bericht der kantonalen Steuerverwaltung enthalten seien. Zu lesen sei auch über einen Vergleich mit Herzogenbuchsee. In Herzogenbuchsee werde zwar auch eine ähnliche Entwicklung verzeichnet wie in Langenthal, aber keine Erhöhung.

Die SVP-Fraktion mutmasse, dass Langenthal allenfalls bei der letzten Anpassung etwas zu gut weggekommen sei, was nun korrigiert werde. Er persönlich empfinde es als eine Zumutung, dass eine kantonale Behörde mit Spekulation und Behauptungen – ohne diese mit Fakten zu unterlegen – argumentiere.

Die Motion habe eine Intervention des Gemeinderates gefordert. Der Gemeinderat sehe dies anders und begründe seine Haltung damit, dass es um einen Gesetzesvollzug gehe. Nach Ansicht der SVP-Fraktion müsse aber auch ein Gesetzesvollzug auf eine transparente Art und Weise dargelegt werden, so dass die Fakten benannt werden können. Die SVP-Fraktion sei mit der Umsetzung der Motion natürlich nicht zufrieden und sich bewusst, im Moment nichts weiter unternehmen zu können.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Angesichts der Tatsache, dass eine Richtlinienmotion eine begrenzte Wirkung habe, gelte es sich vielleicht einmal Gedanken darüber zu machen, ob das Instrument der Richtlinienmotion für die Zukunft nicht griffiger gemacht werden sollte.

Im konkret vorliegenden Fall wäre es um die Interessen der Langenthaler Grundeigentümer gegangen. Es wäre ein starkes Signal gewesen, wenn der Gemeinderat ein Zeichen gesetzt hätte, indem er interveniert hätte. Die Chance sei verpasst, was von der SVP-Fraktion als schade empfunden werde.

III Abstimmung: (keine)

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 34a Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zur Motion Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Januar 2015: Intervention der Stadt Langenthal gegen die beabsichtigte übermässige Erhöhung der Eigenmietwerte auf dem Gemeindegebiet Langenthal (als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 4. Mai 2015).**

Gemäss Art. 34a Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird die Motion mit Richtliniencharakter damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): Im Traktandum Nr. 1 (*Eröffnung der Sitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2016*) habe er es versäumt, das neue FDP-Stadratsmitglied Thomas Multerer (Stadtratsmitglied seit dem 1. Januar 2016) zu begrüssen. Mit den besten Wünschen für die Arbeit im Politbetrieb heisse er Stadtrat Thomas Multerer (FDP) im Langenthaler Stadtrat herzlich willkommen. *(Applaus)*

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

3. Postulat Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. Dezember 2013: "Goodbye Standby" (Standby-Verbrauch in städtischen Einrichtungen); Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): Der Prüfbericht des Gemeinderates, datiert mit 25. November 2015, liege in schriftlicher Form vor. Zu Händen des Protokolls werde festgestellt, dass keine Wortbegehren gestellt werden.

III Abstimmung: (keine)

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 35 Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. Dezember 2013: "Goodbye Standby" (Standby-Verbrauch in städtischen Einrichtungen) (erheblich erklärt am 24. Februar 2014).**

Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Motion Baumgartner Renato (SP), Loser Roland (SP), Wüthrich Matthias (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2015: Bereitstellung der öffentlichen Akten in elektronischer Form; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Wenn dem Stadtratspräsidenten alle Unterlagen in digitaler Form vorliegen würden, so hätte er als Stadtpräsident das soeben vom Tisch des Vorsitzenden geflatterte Blatt nicht aufheben können.

Der Lead-Text der Motion laute folgendermassen: "*Der Gemeinderat wird beauftragt, die Akten des Stadtrates für die Öffentlichkeit und die Mitglieder des Stadtrates in digitaler Form zur Verfügung zu stellen*". In der Begründung werde das Anliegen mit der Formulierung: "*Die Dokumente, welche den Mitgliedern des Stadtrates in Papierform nach Hause geschickt werden, ...*" bereits etwas differenzierter angegangen und dementsprechend eingegrenzt. Da am Schluss des Begründungstextes allerdings der Satz stehe: "*... es könnten sicherlich ohne weiteres auch die zur Sitzung gehörenden Akten verlinkt werden*", habe sich der Gemeinderat im Zuge der Beratung des Vorstosses Gedanken darüber gemacht, wie das Anliegen richtig verstanden werden soll.

Er bekenne sich dazu, selber einen Laptop bzw. ein iPad zu besitzen, mit dem er oft im Grossen Rat arbeite. Heute habe er sich an einer relativ harten Grossratsdebatte betreffend die Baugesetzrevision beteiligt, wofür er aber alle Unterlagen in Papierform vor sich gehabt habe, weil ihm die Displaygrösse des iPads schlichtweg nicht ausgereicht hätte, um die notwendige Übersicht zu behalten.

Zwischen dem Anliegen an sich – welches absolut in die heutige Zeit gehöre und vom Gemeinderat auch nicht bestritten werde - und was darunter zu verstehen sei, bestehe eine gewisse Diskrepanz: Wenn das Anliegen so gemeint sei, die Traktandenlisten in digitaler Form zur Verfügung zu stellen, dann sei dies Schnee von gestern, da diese bereits aufgeschaltet werden. Wenn darunter die Aufschaltung von Berichten und Anträgen gemeint sei, die zu den einzelnen Geschäften gehören (Zusammenfassungen mit den Begründungen und mit dem Beschlussesentwurf), dann sei dies in den meisten Fällen pro Traktandum ein doppelseitig beschriebenes Blatt oder ein bisschen mehr, was kaum oder nicht problematisch wäre. Wenn aber das Anliegen so zu verstehen sei, dass gewisse Beilagen, die in Papierform verschickt werden (beispielsweise die jeweils im Juni verschickte Rechnung sowie der Verwaltungsbericht, mit je rund 170 Seiten Inhalt) in digitaler Form für die Sitzung aufzubereiten seien, dann gehe es schon um ein wenig mehr. Abgesehen davon, stelle sich der Gemeinderat diesbezüglich auch die Frage, worin der eigentliche Wert liege, mit 170 Seiten umfassenden Zahlenmaterial in digitaler Form im Parlament zu argumentieren. Der Gemeinderat wage es zumindest zu bezweifeln, dass der Nutzen so gross sei.

Der Gemeinderat mache sich allerdings Gedanken für die Zukunft, da er sich bewusst sei, dass es ein Gebot der Zeit sei, ein entsprechendes Managementsystem zu evaluieren und zur Verfügung zu stellen, um damit Dokumente bewirtschaften zu könnte. Dem Grossen Rat stehe ein solches Managementsystem mittlerweile zur Verfügung, mit welchem sich unter anderem mit Sortierfunktionen gewünschte Seiten suchen oder Geschäfte direkt anwählen lassen.

Um beispielsweise den Jahresbericht der Stadt Langenthal im PDF-Format elektronisch zur Verfügung stellen zu können, müsste der ganze Inhalt eingescannt werden, da ein Dokument wie der Jahresbericht nicht aus einem elektronischen Dokument bestehe, sondern aus verschiedenen Dokumenten zusammengesetzt sei. Der Wert einer solchen in digitaler Form vorliegenden Dokumentation müsste zumindest gut überprüft werden. Parallel dazu stellen sich weitere Fragen: Sein iPad beispielsweise, verfüge über keinen grossen Speicherplatz. Insofern eine gute Netzverbindung bestehe, lassen sich damit aber Dokumente abholen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob im Stadtratssaal ein funktionierendes WLAN zur Verfügung stehe.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Im Saal des Grossen Rates habe man sich immer wieder einloggen und Sicherheitsfragen beantworten müssen. Mittlerweile sei ein WLAN in Betrieb, mit welchem sich Daten relativ rasch aus dem Internet herunterladen lassen, um diese verfügbar zu haben, weil der residente Speicher des Geräts für die notwendige Datenmenge allenfalls nicht ausreichend wäre. Die Stellungnahme des Gemeinderates zur Motion beinhalte Überlegungen dieser Art.

Der Gemeinderat qualifiziere die Motion in ihrem Charakter als echte Motion und damit als Motion mit Weisungscharakter, weil die Umsetzung des Anliegens in der geforderten Form eine Anpassung der Geschäftsordnung des Stadtrates erfordern würde, da darin aktuell stehe, dass die Akten schriftlich zur Verfügung zu stellen seien.

Je nachdem, welche Akten mit der Motion wirklich gemeint seien - also auch diejenigen in der Aktenaufgabe, die dem Stadtrat zur Verfügung stehen – würde am Beispiel der Theatervorlage bedeuten, dass alle Unterlagen (mehrere Inhalte von Bundesordnern) zur Verfügung stehen müssten, da die Motion die Formulierung enthalte: *"..., könnten sicherlich ohne weiteres auch die zur Sitzung gehörigen Akten verlinkt werden."* Entsprechenden Gesprächen habe mittlerweile entnommen werden können, dass wahrscheinlich nicht ganz alle Akten gemeint seien.

Der Gemeinderat komme zum Schluss - allerdings nicht einstimmig, sondern eher in einer knappen Entscheidungsfindung – dem Stadtrat zu beantragen, die Motion nicht erheblich zu erklären. Falls der Vorstoss in die Form des Postulats gewandelt würde, laute demgegenüber der Antrag des Gemeinderates einstimmig, das Postulat erheblich zu erklären. Namens des Gemeinderates lege er dem Stadtrat dieses Vorgehen nahe, um einen Schnellschuss zu verhindern, mit dem vielleicht nur eine halbwegs richtige Richtung eingeschlagen würde, ohne die schlussendlich damit verbundenen Konsequenzen abschätzen zu können.

Persönlich weise er darauf hin, dass eine digitale Aufbereitung der Dokumente, nebst deren Bereitstellung für die Mitglieder des Stadtrates in schriftlicher Form, mit einem gewissen Aufwand verbunden wäre. In diesem Sinne lasse auch das Projekt AEA grüssen. Wenn etwas gemacht werden soll, müsse es in eine Richtung gehen, um nicht einfach nur dem Zeitgeist zu folgen. Dementsprechend müsse das Anliegen eingehend geprüft werden. Der Gemeinderat sei sich bewusst, in der heutigen Welt nicht um das Thema herumzukommen.

GPK-Vizepräsident Patrick Freudiger (SVP): Es sei einigermaßen selten, dass sich die Geschäftsprüfungskommission bei einer Motion oder bei einem Postulat zu Wort melde.

Seine Wortmeldung namens der Geschäftsprüfungskommission zum vorliegenden Vorstoss erfolge nicht, um sich zum materiellen Aspekt des Anliegens zu äussern, da dies Sache des Stadtrates sei. Seine Wortmeldung im Namen der Geschäftsprüfungskommission betreffe den formellen Aspekt der Motion, welcher im vorliegenden Fall - aufgrund von auf den ersten Blick nicht ganz klaren Formulierungen im Motionstext - nicht ganz unwichtig sei.

Der Stadtpräsident habe ausgeführt, an welchen Stellen die Problembereiche liegen: Auf der einen Seite, stelle sich die Frage, was mit *"den Akten des Stadtrates"* gemeint sei. Auf der anderen Seite lasse die Formulierung: *"Digitale Dokumente sind nicht nur umweltfreundlich, sondern auch leichter, schneller durchsucht und jederzeit verfügbar."* auch die Frage zu, ob die Motionäre anstelle des - oder zusätzlich zum - papierernen Dokumentenversand auch digitale Dokumente verschickt haben möchten.

Der vorliegende Text werfe die Frage auf, wie mit solchen Vorstössen umzugehen sei. Selbstverständlich gelte vorab der Motionstext, der die Grundlage für die Beratung, für die anschliessende Verabschiedung und dem Gemeinderat als Richtschnur für die Umsetzung diene. Wenn ein Motionstext klar sei, werde davon auch nicht abgewichen. Die Geschäftsprüfungskommission weise deshalb auf den Wert der parlamentarischen Beratung hin, wenn – wie im vorliegenden Fall – nicht ganz klar sei, was gemeint sei:



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Von Seiten des Gemeinderats sei gesagt worden, dass es kein Problem wäre, wenn mit dem digitalen Versand nur Berichte und Anträge gemeint wären. Wenn sich die Motionäre als auch die Fraktionssprechenden dahingehend äussern, dass sie den digitalen Versand eigentlich nur auf Berichte und Anträge beschränken möchten und damit nicht einen digitalen Versand der Grundlageakten meinen, dann sei es nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission selbstverständlich, dass die Erheblicherklärung des Vorstosses auch in diesem Sinne zu verstehen wäre.

Die Geschäftsprüfungskommission wolle damit sagen, dass man sich nicht zu sorgen oder zu fürchten brauche, einem Anliegen zuzustimmen, bei dem in der Beratung eine klare Einigkeit über den Inhalt erzielt worden sei (nämlich, dass unter "*Akten des Stadtrates*" eben nur ein beschränkter Teil von den Akten gemeint sei) – und, dass dann plötzlich in der Umsetzung doch wieder alle Akten gleichzeitig gemeint wären. Da eben der Wortlaut der Motion unklar sei, werde die in der Beratung des Stadtrats allenfalls erzielte Einigkeit – was unter dem Wortlaut vom Stadtrat und insbesondere von den Motionären verstanden werde – im Zuge einer Umsetzung des Anliegens zu berücksichtigen sein.

In diesem Sinne sei es nun Sache der Motionäre, sich zu äussern, wie der Text zu verstehen sei. Danach sei es an den Fraktionen und allenfalls an Einzelsprechern, sich dazu äussern, in welchem Falle sie sich eine allfällige Überweisung des Vorstosses vorstellen könnten.

Motionär Roland Loser (SP): Vorweg entschuldige er sich namens der Motionäre dafür, dass der Motionstext für einige Diskussionen Sorge, weil gewisse Dinge vielleicht etwas unklar formuliert seien. Er denke, dass alle eine Lehre für die Zukunft daraus ziehen.

Grundsätzlich gehe es ihm und seinen Mitmotionären eigentlich darum, ein System hinzubekommen, wie es in Burgdorf oder Thun bereits in Betrieb sei. Dort seien die Unterlagen, welche den Stadträten und den Stadträtinnen zugeschickt werden, auch online auf der Homepage via Download verfügbar. Dies sei nicht nur für die Stadträte und Stadträtinnen praktisch, sondern auch für die interessierte Bevölkerung, die jederzeit und auch nachträglich gewisse Sachen noch nachlesen könne, ohne den Weg zur Stadtverwaltung oder in die Bibliothek unter die Füsse nehmen zu müssen.

Die Motionäre seien darauf angesprochen worden, zu erklären, was genau mit der Motion gemeint sei. Konkret sei damit gemeint, dass die Unterlagen, welche jeweils im Couvert an die Stadträtinnen und Stadträte verschickt werden, in digitaler Form vorliegen sollten. Ein Abrücken von dieser Forderung, indem jetzt noch eine Unterscheidung innerhalb der Couvertinhalte gemacht würde, käme einer Ungleichbehandlung gleich, wodurch das Anliegen wohl in Teufels Küche geraten würde, was zu keinem vernünftigen Resultat führen könne.

Es gebe relativ umfassende Akten und Unterlagen, wie das Budget beispielsweise. Da die Unterlagen in der Stadtverwaltung wohl kaum noch mit der Schreibmaschine erstellt werden, sei davon auszugehen, dass diese grundsätzlich in digitaler Form vorliegen. Unterlagen im PDF-Format, die aus einer Word- oder Excel-Datei oder einem anderen Erfassungstool generiert werden, seien schneller untersuchbar, so dass sich darin Gesuchtes (wie Sparmöglichkeiten im Budget beispielsweise) rascher finden liesse.

Er und seine Mitmotionäre gehen nicht davon aus, dass nur noch digitale Akten vorhanden wären, sondern, dass die Akten selbstverständlich noch immer in gedruckter Form verschickt werden. Die Motionäre stellen sich vor, dass sich die Stadträtinnen und Stadträte beim Stadtratsbüro melden könnten, falls sie die Akten nicht mehr zugeschickt bekommen möchten.

Namens der Motionäre bitte er die Stadträtinnen und Stadträte, die Motion entsprechend seinen Ausführungen zu unterstützen. Er sowie seine Mitmotionäre seien zudem davon überzeugt, dass - auch wenn digitale Akten zur Verfügung stehen - das Zwischenmenschliche in Zukunft nicht zu kurz käme.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

FDP/jll/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (jll): In Anbetracht des Themas stelle er vorweg die Frage, ob der Wunsch bestehe, dass er das Votum der FDP/jll/BDP-Fraktion zur vorliegenden Motion noch rasch per SMS verschicke. Allerdings tage heute das Parlament und weil das Wort Parlament aus dem altfranzösischen Begriff "parlement" komme – woraus das Verb "parler" klinge, möchte er die Möglichkeit zu sprechen, trotzdem noch pflegen.

Die elektronische Kommunikation sei nicht in jedem Bereich sinnvoll. In diesem Zusammenhang denke er persönlich an die vor kurzem unter Nachbarn gegründete Whats-App-Gruppe, um sich anstelle von regelmässigen Treffen bei einem Bier oder einem Tee, austauschen zu können.

In Bezug auf die Stadtratsakten werde die elektronische Kommunikation von der FDP/jll/BDP-Fraktion tatsächlich als sinnvoll erachtet. Wie jedoch nun schon von verschiedenen Leuten gesagt worden sei, liege "der Teufel im Detail" bzw. in der Frage, was die Motionäre mit dieser Motion genau meinen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion habe sich länger über diese Frage unterhalten und sei dabei zum klaren Schluss gekommen, die Motion nicht zu unterstützen, falls damit die ganzen Akten (also mit den Grundlageakten) in digitaler Form zur Verfügung stehen müssten, weil der Aufwand dafür einfach zu gross wäre.

Mittlerweile sei aber klar, dass nicht alle Akten in digitaler Form zur Verfügung stehen müssen. Er persönlich glaube, dass auch vom Gemeinderat verbindlich zur Kenntnis genommen werden könne, dass es um die elektronische Zustellung von Akten gehe, die den Stadträten jeweils nach Hause geschickt werden.

Auch in Bezug auf die Frage, ob die Akten trotzdem noch in Papierform verschickt werden müssen, vertrete die FDP/jll/BDP-Fraktion eine klare Haltung: Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze die Motion und damit die Zustellung der Akten auf elektronischem Weg, insofern zum Ausgleich auf den Aufwand, der durch das 40-malige kopieren, abpacken und verschicken der Papierakten in Couverts entstehe, verzichtet werde. Dementsprechend gelte es sich für einen Weg zu entscheiden (Papierform oder elektronische Form). Die FDP/jll/BDP-Fraktion gehe davon aus, dass eigentlich alle Mitglieder des Stadtrates einen Computer besitzen. Falls dem nicht so wäre, liesse sich bestimmt eine entsprechende Lösung finden. Unter diesen Voraussetzungen sei die FDP/jll/BDP-Fraktion der Meinung, die Motion unterstützen zu können, weil so auch die Umsetzung, die der Gemeinderat in Angriff nehmen würde, mit absolut vernünftigem Aufwand möglich wäre.

Er persönlich sei sich nicht ganz sicher, ob die Motionäre ihre eigene Motion mit einer 100%igen Übereinstimmung interpretieren. Als er heute mit Stadtrat Renato Baumgartner gesprochen habe, habe es nicht ganz gleich getönt, wie was Stadtrat Roland Loser gesagt habe. Er setze nun aber einfach voraus, dass die Akten nur noch in elektronischer Form verschickt würden, was von der FDP/jll/BDP-Fraktion auch unterstützt werde.

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Die Mehrheit der EVP/glp-Fraktion würde die Bereitstellung der öffentlichen Akten in elektronischer Form begrüssen und wäre nicht mehr auf die Papierform angewiesen. Heute werden in verschiedenen Berufsfeldern, in Firmen, in Schulen und in Verbänden viele Informationen und Unterlagen elektronisch versendet.

Für die EVP/glp-Fraktion sei es selbstverständlich, dass die Grundlageakten wie bisher weiterhin auf der Stadtverwaltung eingesehen werden müssen, da es sich dabei auch um vertrauliche Unterlagen handle. Der bewusste politische Gang in das Stadthaus gehöre zum Stadtratsportfolio und soll auch weiterhin so bleiben. Im Sinne der vorher vom Motionär gemachten Ausführungen, werde die Motion auch von der EVP/glp-Fraktion unterstützt.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Die SVP-Fraktion habe zur Kenntnis genommen, wie die Motionäre ihren Vorstoss verstanden haben möchten. Die SVP-Fraktion wolle nicht unfair sein und lege den Motionären bezüglich der Tragweite des Anliegens nichts in den Mund, das sie gar nie wollten. Im Übrigen wäre es auch völlig unpraktisch, sämtliche Akten und Grundlageakten elektronisch zur Verfügung zu stellen, weil dies absehbare Personalressourcen bedingen würde.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Wie vom Motionär Roland Loser erklärt worden sei, handle es sich um die Akten, die sich jeweils im Couvert befinden. Trotzdem könne die SVP-Fraktion den Vorstoss in Form der Motion - selbst mit der reduzierten Tragweite des Anliegens – nicht unterstützen, weil sich der Nutzen für die Umwelt an einem sehr beschränkten Ort befinde, wenn die Berichte und Anträge in elektronischer Form und zusätzlich auch noch in Papierform verschickt werden.

Als Mitglied des Grossen Rates wisse er aus persönlicher Erfahrung, dass sehr viele Parlamentarier die Privilegien des elektronischen Versandes gern geniessen, aber trotzdem nicht auf den Papierversand verzichten wollen. Damit werde ein zusätzliches Angebot geschaffen, ohne aber zu Gunsten der Umwelt auf ein bestehendes Angebot zu verzichten.

Der Stadtpräsident habe die WLAN-Thematik und damit die Frage, wie es sich mit dem WLAN-Zugang für Laptops hier im Saal verhalte, bereits angetönt. Fraglich sei auch, was passiere, wenn das WLAN nicht funktionieren würde und welche Auswirkungen dies auf die Debattenkultur hätte. Ein direkter Vergleich mit dem Grossen Rat hinke auch insoweit, da das Stadtparlament Langenthal deutlich weniger Akten habe, als das Kantonsparlament. Nur einen Papierversand durchzuführen lasse sich deshalb für das Stadtparlament Langenthal eher rechtfertigen.

Auch wenn die Berichte und Anträge elektronisch verschickt würden, wäre das Studium dieser Akten zuhause nicht ausreichend, weil diese Akten in der Regel zu knapp seien. Um sich vertieft eine Meinung über ein Geschäft bilden zu können, sei es trotzdem noch erforderlich, in die Grundlageakten zu schauen, da sich bekanntlich Interessantes nicht unbedingt im Bericht und Antrag, sondern in den Grundlageakten finden lasse.

Die SVP-Fraktion könnte mit dem Vorstoss in der Form des Postulats leben und würde dieses auch grossmehrheitlich unterstützen, um den Prüfungsauftrag zu vergeben und um zu schauen, wie das Anliegen allenfalls im Sinn und Geist einer gewissen Bequemlichkeit und einem Komfort bedürfnisgerecht umgesetzt werden könnte. Der Vorstoss in der Form der Motion dagegen, werde von der SVP-Fraktion nicht unterstützt.

Renato Baumgartner (SP): Als einer der Motionäre möchte er nur kurz auf zwei Sachen zu sprechen kommen, die Stadtpräsident Thomas Rufener in der Stellungnahme des Gemeinderats gesagt habe:

- Eine Rechnung, einen Jahresbericht oder einen Verwaltungsbericht im Umfang von je 170 Seiten in gedruckter Form vor sich zu haben, führe zur Frage, worin da ein Nutzen bestehe. Persönlich finde er die digitale Form viel besser, da sie durchsucht und weggelegt werden könne, ohne dass sich nach 20 Jahren ein riesen Berg an Unterlagen im Büro staple - falls diese Unterlagen überhaupt aufbewahrt werden.
- Betreffend das WLAN weise er darauf hin, dass Dokumente mehrere Megabytes gross sein können und dass in einem durchschnittlichen Telefon, einem iPad oder in einem Computer mehrere Gigabytes Speicherplatz vorhanden seien. Da lasse sich so viel darauf speichern, so dass man seine Daten nicht in der Cloud zusammensuchen müsse. Mehrere Dokumente lassen sich innerhalb von ein paar Sekunden mit wenigen Klicks kombinieren. Es gebe verschiedene Funktionen, mit denen dieser Vorgang gemacht werden könne.

Im schlimmsten Fall - falls dies nicht ginge - könnten die Akten, die den Leuten gerne geschickt worden wären, in einen Scanner gelegt und per Knopfdruck einscannet werden. Während des Scanvorgangs liesse sich ein Kaffee trinken um im Anschluss daran, die gescannten Dokumente vorzufinden.

Es gebe mehrere Sachen, die etwas schneller gehen, als es den Anschein mache, wenn man dem Stadtpräsidenten Thomas Rufener zuhöre.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Matthias Wüthrich (GL): Als relativ neues Mitglied des Stadtrates frage er sich, wie Stadträtinnen und Stadträte, die seit 10 Jahren und mehr im Amt seien, nach Unterlagen und Informationen suchen, die vor acht oder neun Jahren aktuell gewesen seien. Er möchte von den Möglichkeiten, die Akten in elektronischer Form bieten, Gebrauch machen können, um innerhalb von Sekunden an gewünschte Informationen heranzukommen, die vielleicht in Papierform irgendwo im Estrich gelagert seien. Er bitte darum, die Motion und damit eine saubere Dokumentation, die mehreren Generationen dienen würde, zu unterstützen.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Am heutigen Abend habe er sehr viel darüber gelernt, was alles machbar wäre. Dass der Gemeinderat aus dem Thema keine Mördergrube schaffen wolle, sollte bemerkt worden sein.

Der Einstieg in die Thematik bedürfe der Klärung von Fragen wie, was vorgängig sauber zu klären ist und ob Gewissheit besteht, genau zu wissen, was zu tun ist? Am heutigen Abend seien aber verschiedene Vorstellungen geäussert worden, die in Bezug auf die in der Motion dargelegte Sache keinen eindeutigen Schluss zulassen.

Betreffend die in der Beratung angesprochenen Suchfunktionen merke er an, dass der Gemeinderat nicht "ganz von gestern sei", da im Nachgang an jede Stadtratssitzung die Beschlüsse im Internet aufgeschaltet seien; auch die Protokolle seien im Internet aufgeschaltet. Ausserdem fordere die vorliegende Motion die Aufbereitung von Akten, welche noch gar nicht beschlossen seien.

Der Stadtrat habe in dieser Angelegenheit einen Grundsatzentscheid zu fällen, der vom Gemeinderat förmlich befolgt werde, was absolut kein Problem sei, insofern der Gemeinderat wisse, welche klare Erwartung damit verbunden sei.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

I. **Die Motion Baumgartner Renato (SP), Loser Roland (SP), Wüthrich Matthias (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2015:** Bereitstellung der öffentlichen Akten in elektronischer Form wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 16 Stimmen Ja gegen 20 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

II. 1. **Die Motion Baumgartner Renato (SP), Loser Roland (SP), Wüthrich Matthias (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2015:** Bereitstellung der öffentlichen Akten in elektronischer Form **wird erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Postulat Colicchio Umberto (BDP) vom 17. August 2015: Ersatz von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden; Stellungnahme¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Als sich der Gemeinderat im letzten Herbst mit dem Geschäft beschäftigte, habe sich zeitweise die Frage gestellt, ob die Montage von Heizungen künftig überhaupt noch nötig sei. Inzwischen sei es aber doch noch Winter geworden, womit auch die Gewissheit bestehe, nach wie vor heizen zu müssen.

Das Anliegen, einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang bei Heizungssanierungen zu pflegen, sei sympathisch und ein wichtiges Thema für eine modernen Stadt wie Langenthal. Die Prüfung von Alternativen bei der Sanierung von Heizungen sei heutzutage nicht nur Wunschdenken oder "nice to have" sondern ein ganz klares "must have". Vor noch nicht einmal fünf Jahren habe der Gemeinderat den "*Gebäudestandard 2011*" eingeführt. Der Standard verlange, dass bei bestehenden Bauten in erster Priorität der Standard "*MINERGIE Modernisierungen*" umgesetzt werden soll. Weiter werde damit geregelt, dass der Gesamtwärmebedarf zu mindestens 20% mit erneuerbaren Energien gedeckt werden müsse. Klarerweise gebe es Fälle, in denen vom "*Gebäudestandard 2011*" abgewichen werden müsse, weil die Verhältnismässigkeit nicht gegeben sei, was nach anderen Lösungen verlange. Am heutigen Abend gehe es jedoch nicht um diese Ausnahmen.

Die Idee von Stadtrat Umberto Colicchio sei gut und entspreche dem Zeitgeist. Das Postulat renne offene Türen ein. Bei in jüngster Zeit durchgeführten Sanierungen seien immer Alternativen geprüft worden.

Über den Detaillierungsgrad von Berichterstattungen über die Alternativen, lasse sich sicher diskutieren. Es würde jedoch keinen Sinn machen, jedes Projekt im gleichen Umfang zu dokumentieren.

Die Stadt Langenthal befinde sich bereits auf dem von Stadtrat Umberto Colicchio im Postulat beschriebenen Weg. Der Gemeinderat pflege und schätze die Zusammenarbeit mit dem Energieberater der Region Oberaargau, Herrn Rolf Leuenberger. Nicht zuletzt aus diesem Grund habe der Gemeinderat Herrn Rolf Leuenberger - im Rahmen des Postulats – um eine Stellungnahme gebeten. Es gebe Zeiten, in denen sehr intensiv mit Herrn Rolf Leuenberger zusammengearbeitet werde, wogegen es aber auch Zeiten gebe, in denen eine weniger intensive Zusammenarbeit stattfinde. Fakt sei, dass die Zusammenarbeit gut sei, dass sie sich bewähre und dass der Gemeinderat an dieser Zusammenarbeit festhalten möchte.

Was den Planungsrhythmus betreffe, soll gemäss Postulatstext geprüft werden, ob Heizungsprojekte fünf Jahre zum Voraus geplant werden können. Im Namen des Gemeinderates nehme er dazu wie folgt Stellung: Die Planung von Sanierungen – auch von Heizungen in städtischen Liegenschaften – erfolgen im Rahmen der rollenden Investitionsplanung. Nach Ansicht des Gemeinderates habe sich dieses Vorgehen bis anhin absolut bewährt, so dass kein Grund gesehen werde, davon abzuweichen oder gar ein neues Planungsinstrument ins Leben zu rufen.

Abschliessend weise er darauf hin, dass die zuständigen Kommissionen bereits heute mit dem Bericht über ein Sanierungsprojekt bedient werden, womit diese fest in den Behördenweg eines Geschäfts eingebunden seien.

¹ Am 23. Oktober 2015 vom Gemeinderat beantragte und von der Stadtratspräsidentin am 26. Oktober 2015 bewilligte aufgeschobene Behandlung.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Das Anliegen des Postulanten sei nachvollziehbar und das angestrebte Ziel ganz im Sinne des Gemeinderates. Nichtsdestotrotz beantrage der Gemeinderat das Postulat aber zur Ablehnung, weil in der Annahme des Postulats kein Mehrwert gesehen werde. Wichtig aber sei, dass den Heizungssanierungen in städtischen Liegenschaften eine hohe Priorität eingeräumt werde.

Postulant Umberto Colicchio (BDP): Gemeinderat Pierre Masson danke er für die Erläuterungen. Aufgrund dieser Erläuterungen und einem mittlerweile zusätzlich gelesenen Bericht des Gemeinderates, stelle er fest, seine im Postulat gemachten Äusserungen etwas korrigieren zu müssen.

Die Stadt Langenthal erarbeite derzeit den Richtplan Energie. Darin werde unter anderem festgelegt, in welchen Gebieten welche Energieträger verwendet werden sollen. Die Information, dass die Planung von Sanierungen von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden und Anlagen unter anderem im Rahmen der Investitionsplanung erfolge, erachte er als wichtig. Auch wichtig finde er, dass das Stadtbauamt und das Finanzamt das Informationsbedürfnis grundsätzlich von Fall zu Fall prüfen und, dass die Berichtsform entsprechend dem Detailgrad angepasst werde. Aus Sicht der Ämter sei es prüfenswert beispielsweise den GEAK plus (Gebäudeenergieausweis der Kantone) einzusetzen, welcher eine wirkungsvolle und wirtschaftliche Planung von Gebäudesanierungen erlaube.

Für ihn persönlich führe dieses Vorgehen in die richtige Richtung, auch wenn dieser Energierichtplan erst Anfang Jahr 2018 in Kraft treten werde. Die Umweltschutz- und Energiekommission werde ihr Auge vermehrt auf dieses Thema richten.

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortbegehren vorliegen.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 15 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen):**

1. **Das Postulat Colicchio Umberto (BDP) vom 17. August 2015:** Ersatz von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden **wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

6. Interpellation Graf Baumgartner Barbara (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. September bzw. 26. Oktober 2015 betreffend die Haltung der Stadt Langenthal gegenüber Flüchtlingen; Beantwortung¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): Die Beantwortung der Interpellationsfragen liege in schriftlicher Form vor.

Interpellantin Barbara Graf Baumgartner (SP): Für die Beantwortung ihrer Fragen danke sie dem Gemeinderat bestens. Die Antworten seien nützlich, obschon sie persönlich dadurch etwas aufgewühlt werde.

- Beispielsweise die Formulierung: *"Die Stadt ist im Eigentum von diversen Flächen, welche grundsätzlich denkbar wären für die Aufstellung von Wohncontainern (im Sinne von «im Siedlungsgebiet», d.h. nicht in Landwirtschaftszone). Allerdings sind diese meist nicht voll erschlossen und zudem oftmals in der Nähe von Schulen, was natürlich nicht unbedingt von Vorteil ist."* könnte den Eindruck erwecken, dass sofort ein Chaos ausbrechen würde.

- Im Beantwortungstext sei auch die Empfindlichkeit der Bevölkerung erwähnt. Aus Deutschland sei bereits bekannt, dass die Empfindung der Bevölkerung sehr schnell kippen könne.

Sie als auch die SP/GL-Fraktion hätte den Antworten gerne entnommen, dass sich der Gemeinderat sofort für eine Koordination der Schulen mit Interunido (Übersetzung) sowie für die Organisation von Räumlichkeiten mit den Kirchen oder für die Begleitung von Flüchtlingen mit der Heilsarmee einsetze. Gerne hätten sie den Antworten auch entnommen, dass sich der Gemeinderat sofort Gedanken über den Kauf oder die Miete von Unterkünften mache, oder, dass sofort eine Kontaktaufnahme mit dem Volk erfolge, um zu klären, wer welchen Beitrag leisten könnte, oder wer beispielsweise einen Container aufstellen könnte. Da der Gemeinderat eine abwartende Position zum Thema einnehme, werde wahrscheinlich die Bildung einer entsprechenden Fachgruppe notwendig werden.

III Abstimmung: (keine)

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 25. November 2015 sowie die Ausführung der Interpellantin zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Am 12. November 2015 vom Gemeinderat beantragte und von der Stadtratspräsidentin am 12. November 2015 bewilligte aufgeschobene Behandlung.



7. Interpellation Steiner-Brütsch Daniel (EVP) vom 16. November 2015 betreffend neue Turn- und Sporthalle(n) in der Stadt Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP): Die Beantwortung der Interpellationsfragen liege in schriftlicher Form vor.

Interpellant Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Für die ausführliche Beantwortung der Fragen sowie für die wohlwollende Aufnahme des Anliegens danke er dem Gemeinderat bestens. Dass sich der Gemeinderat des Raumbedarfs im Turn- und Sporthallenbereich bewusst sei, werde von ihm positiv gewürdigt. Speziell im Bereich der Kindergärten, der Primarstufen und der kantonalen Schulen werden mit zusätzlichen Hallenbedürfnissen zu rechnen sein.

Dass gewisse Grundlagen noch fehlen und, dass noch entsprechende Gespräche ausstehen, nehme er in der Annahme zur Kenntnis, dass die dafür notwendigen Handlungen rasch an die Hand genommen werden.

Mit dem vom Gemeinderat aufgezeigten zeitlichen Horizont sei er weniger zufrieden. Es komme ihm so vor, als ob der Bau einer neuen 3-fach-Turn- und Sporthalle auf den St. Nimmerleinstag verschoben werde, obschon der Bedarf dafür ganz klar ausgewiesen sei. In diesem Fall hätte er sich durchaus eine etwas mutigere und konkretere Antwort erhofft, zumal es festzuhalten gelte, dass es nebst der Arena Oberaargau noch andere – auch wichtige – sportpolitische Anliegen gebe. In Anbetracht der Tatsache, was tagtäglich von den Schulen und von den Sportvereinen im Bereich der Gesundheits- und Bewegungsförderung bereits getan werde, wage er sogar zu behaupten, dass mit dem Bau einer 3-fach-Turn- und Sporthalle eine weit grössere Breitenwirkung erzielt werden könnte, als dass dies mit anderen sportpolitischen Anliegen möglich sei.

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Siedlungsrichtplan werde er sich selbstverständlich einbringen, um zu versuchen den Bau einer 3-fach-Turn- und Sporthalle etwas zu forcieren, falls dies einer Einzelperson überhaupt möglich sei.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 23. Dezember 2015 sowie die Ausführung des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Orientierung über die Entwicklungen und die aktuelle Situation in der offenen Alkohol- und Drogenszene in Langenthal

Gemeinderat Rolf Baer (FDP): Die überarbeitete Leistungsvereinbarung mit ToKJO betreffend das Projekt SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention), die Feststellungen und getroffenen Massnahmen der letzten Zeit bzw. der Bericht des Amtes für öffentliche Sicherheit von Frühling, Sommer und Herbst 2015, die Quartalsrapporte mit der Kantonspolizei und der Beschluss des Stadtrates vom 17. November 2014 für die Weiterführung von SIP bis Ende 2016, bilden die Grundlage der Information.

- In der überarbeiteten Leistungsvereinbarung sei das Tätigkeitsgebiet von SIP auf weitere Parameter erweitert worden (beispielsweise: Bahnhof; Friedhof; Schulanlagen Kreuzfeld; Reitplatz im Besonderen).
- Der Patrouillendienst von SIP werde neu auch in den Nächten von Freitag auf den Samstag eingesetzt. Damit werde der Auftrag des Sicherheitsdienstes ersetzt. Die damit freigewordenen Ressourcen stehen neu SIP zur Verfügung.
- Mit Beschluss vom 12. August 2015 habe der Gemeinderat ebenfalls beschlossen, eine Videoüberwachung auf dem Wuhrplatz zu prüfen und dazu Vorschläge auszuarbeiten sowie Offerten einzuholen und dem Gemeinderat entsprechende Anträge zu stellen.

Entwicklung der Szenenbildung in Langenthal:

- Der Gemeinderat stelle fest, dass SIP in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei nach wie vor das wichtigste Element sei, um gegen die Alkohol- und Drogenszene vorgehen zu können.
- Der grösste Teil der Personen in der Szene halte sich einigermassen an die aufgestellten Regeln. Tatsache sei aber auch, dass einzelne Personen diese Spielregeln regelmässig unterlaufen und massiv stören. SIP könne im Rahmen der Möglichkeiten und Kompetenzen Regelverstösse feststellen und weiterleiten, die störenden Personen ansprechen und massregeln, bei Bedarf die Kapo hinzuziehen und die allgemeinen Entwicklungen und Veränderungen in der Szene dokumentieren. Aufgrund dieser Massnahmen von SIP seien die Szenengänger allgemein (der Kantonspolizei, den sozialen Diensten) bekannt.
- Die Ressourcen erlauben aktuell 4 bis 6 Patrouillengänge pro Woche. Dazu kommen die Nachtpatrouillen.
- Leider seien durch SIP keine Personenkontrollen möglich. Zu hoffen sei, dass mit der Revision des Polizeigesetzes hier eine Änderung eintreten werde.
- Festzuhalten bleibe aus Sicht des Gemeinderates auch, dass die Befugnisse und Massnahmen der Kantonspolizei vom Kanton selber mit fragwürdigen Rechtsentscheiden eingeschränkt werden (Beispiel: Eine Fernhalteverfügung, die angefochten und vom gleichen Kanton aufgehoben worden sei). Ebenfalls festgehalten werden könne, dass von der Gerichtspolizei verfügte Massnahmen bis zur Umsetzung und Ahndung viel zu lange dauern und dass diese nicht die erzieherische Wirkung haben, die es zu erreichen gälte.
- Erfreulich aber festzustellen sei, dass der Wuhrplatz (Herbst und Frühling) vermehrt mit Personengruppen belebt werde, die nicht zur Szene gehören. Über die Mittagszeit werde der Platz bei schönem Wetter rege benutzt.
- Es gelte den Auftrag der SIP und derjenige der Kantonspolizei (auch bei nicht optimalen Rahmenbedingungen) beharrlich weiterzuführen, dranzubleiben, nicht nachzulassen. Auch soll die Politik der Koexistenz, die vom Gemeinderat unterstützt werde, beibehalten werden.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Zur Petition der so genannten "IG Wuhrplatz" nehme er namens des Gemeinderates kurz Stellung:

- Allen sei bewusst, dass auf dem Wuhrplatz unschöne Szenen entstehen (bellende Hunde, eine teilweise herrschende aggressive Stimmung, unsaubere WC-Anlagen, zurückgebliebene Essensreste usw.). Dazu tragen aber nicht nur die Szenengänger, sondern auch andere Nutzer bei. Was der Gemeinderat ganz bestimmt nicht wolle und schon mehrmals kommuniziert habe, sei eine Bewirtschaftung der Szene auf einem sogenannten zugewiesenen Platz. Im öffentlichen Raum sei eine solche Massnahme gar nicht möglich oder umsetzbar.
- Selbstverständlich habe der Gemeinderat das Anliegen der "IG-Wuhrplatz" aufgenommen. Der Gemeinderat habe seine Haltung in einem persönlichen Gespräch mit den Betroffenen kommuniziert. Dabei sei ebenfalls festgehalten worden, dass alle Beteiligten aufgefordert seien, gegenüber der Szene eine konsequente Haltung einzunehmen und, dass allgemein die Vernetzung mit den verantwortlichen Stellen wie der Kantonspolizei und SIP verbessert werden soll, indem alle einer gegenseitigen Informationspflicht nachgehen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9 A. Eingereichte Motion der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016: Gleichbehandlung von Sozialpreis und Kulturpreis

Motionstext:

"Gleichbehandlung von Sozialpreis und Kulturpreis

Der Gemeinderat wird aufgefordert, zu Händen des Stadtrates eine Revision der erforderlichen reglementarischen Grundlagen im nachfolgenden Sinn auszuarbeiten:

Die Maximalgrenzen der jährlich insgesamt auszahlenden Geldsummen/zu entrichtenden Sachleistungen für den Sozial- und den Kulturpreis sind zu harmonisieren. Die harmonisierte Maximalgrenze je Preis hat maximal Fr. 10'000.00 zu betragen.

Begründung: Der Kulturpreis ist heute mit maximal Fr. 15'000.00 dotiert (Art. 6 Abs. 2 des Kultur- und Bibliotheksreglements der Stadt Langenthal vom 18. August 2008), der Sozialpreis mit maximal Fr. 10'000.00 (Art. 4 Abs. 1 Reglement über den Preis für soziales Engagement der Stadt Langenthal vom 22. Oktober 2007). Bei Ausnutzung der Preisobergrenzen wird für kulturelle Leistungen jährlich ein Betrag von Fr. 5'000.00 mehr ausbezahlt als für soziale Leistungen. Weshalb die Anerkennung eines sozialen Engagements grundsätzlich weniger Wertschätzung verdienen soll als diejenige eines kulturellen Engagements, will nicht einleuchten. Es drängt sich deshalb auf, die reglementarischen Höchstgrenzen zwischen den beiden Preisen zu harmonisieren.

Die vorzunehmende Harmonisierung bietet auch Anlass, generell die Maximalhöhe der auszahlenden Preisgelder zu überdenken. In Zeiten des zunehmenden Spardrucks haben auch die Bereiche «Soziales» und «Kultur» ihren Beitrag an eine Konsolidierung des Finanzhaushalts zu erbringen. Die Motion lässt bewusst offen, welches die «richtige» harmonisierte Betragshöhe ist. Diese soll offen im politischen Prozess diskutiert werden. Mit Blick auf die anzustrebende Opfersymmetrie bei SpARBemühungen ist die Summe aber bei den Preisgeldern auf maximal je Fr. 10'000 zu begrenzen."

SVP-Fraktion

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



9 B. Eingereichte Motion Morgenthaler Helena, Schütz Andrea (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2016: Videoüberwachung Kreuzfeld-Areal

Motionstext:

"Videoüberwachung Kreuzfeld-Areal

Der Gemeinderat wird aufgefordert im Schulareal Kreuzfeld Video-Kameras zur Überwachung zu installieren und die dafür notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Begründung: Vor Jahren fiel der Kindergarten-Pavillon einer Brandstiftung zum Opfer. Immer und immer wieder wird, vor allem im Bereich Areal Kreuzfeld 1, Vandalismus betrieben. Allein seit Mai 2015 haben wir folgende Vorfälle beobachtet und zur Kenntnis genommen:

- *Wochenende «Langenthal bewegt»: Abspermaterial wird auf dem Areal verteilt und demoliert. Vier Fahrräder auf der Achse Migros-Wiesenstrasse-Krippenstrasse-K4 liegen herum und sind total demoliert.*
- *Schulhauswände wurden teilweise mit Eiern beworfen und beschmiert.*
- *Mai: Einbruch in die Werkräume im UG Hauswirtschafts-Pavillon mit Zerstörung von Material.*
- *Mai: Abfalleimer im Areal K1 werden angezündet, bei der Skater-Anlage werden sämtliche Hindernisse versprayt.*
- *Auffahrt: Demontage und Zerstörung von Tischen und Bänken im Unterstand auf Pausenplatz K1 Süd, Demontage der Hochsprunganlage auf dem Turnplatz.*
- *Pfingsten: Eingeschlagene Scheiben an der WC-Anlage Schulhausstrasse, an der Wetterstation, am Werk-Pavillon K1, Sprayereien an der Bibliothek/Musikschule, diverse herumliegende zerstörte Velos.*
- *Ende Mai: Anwohner beobachten auf dem Dach der Dreifach-Turnhalle Personen, die Radau machen, und alarmieren die Polizei.*
- *Im Juni werden wiederum im Unterstand Pausenplatz Süd K1 Tische und Bänke umgestossen und zerstört, zudem herrscht im ganzen Areal K1 ein enormes Littering.*
- *Herbst: Ein Moped wird auf dem Areal K1 demoliert und anschliessend angezündet.*
- *23./24. Dezember: Der Inhalt eines Metallcontainers, welcher 3.5 m vom Hauswirtschafts-Pavillon entfernt steht, wird angezündet. Eine Palette mit Karton fängt ebenfalls Feuer, zwei Kunststoff-Container werden durch die Hitze zerstört. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Feuerwehr kann Schlimmstes verhindert werden.*

Dies ist nur eine Auswahl von Vorkommnissen. Auf Grund der grossen Schadenssumme wurde von der Versicherung der Selbstbehalt für die Stadt heraufgesetzt. Zum Teil haben couragierte Passanten und Anwohner die Einsatzkräfte alarmiert und es konnte Schlimmstes verhindert werden. Die Polizei war immer wieder auf Platz und die Vorkommnisse sind dokumentiert. Es geht aber darum, die Täter zu überführen und zur Verantwortung zu ziehen.

Wir bitten den Gemeinderat, an den nun aus der Erfahrung der vergangenen Monate sensiblen Orten Video-Überwachungen zu installieren. Somit kann im Bedarfsfall auf die Aufzeichnungen zurückgegriffen werden. Die gesetzlichen Grundlagen dazu sind ja schon seit einiger Zeit vorhanden.

Schon bald wird es wieder wärmer draussen und dann werden leider die nächtlichen Vandalismus-Züge wieder zunehmen. Wir sind überzeugt, dass allein schon die Präsenz der Kameras eine gewisse Abschreckungswirkung haben wird. Es ist wichtig, dass sich Abwarte, Schulleitungen und Lehrerschaft auf den normalen Schulalltag konzentrieren können. Solche Vandalismus-Akte binden viele Ressourcen, die sinnvoller genutzt werden können."

Helena Morgenthaler, Andrea Schütz und Mitunterzeichnende



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 25. Januar 2016

10. In eigener Sache



Stadtratspräsident Bernhard Marti (SP):

Stadtrat Michael Schenk danke er für die Dekoration des Ratssaales und der Ratsbühne mit Blumenschmuck.

Bei den Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen bedanke er sich für die Mitwirkung an der ersten Ratssitzung im Jahr 2016.

Gerne lade er nun alle Anwesenden zum Apéro im Vorraum des Sitzungssaales ein, um mit ihnen auf das neue Jahr anzustossen.



Protokollauszug an

- Gemeinderat
-